

„Uran in Kriegswaffen ächten!“ Eine Tagung des soldatischen Arbeitskreises „Darmstädter Signal“

Ein Bericht von Irene Eckert

Eichstätt-Wasserzell Ende November 2010. Es ist wohl der letzte schöne Herbsttag im Altmühltal. Fern von den umtriebigen Metropolen, am Rande der „kleinsten Universitätsstadt Europas“, nahe der barocken Bischofsresidenz im schönen Bayernland, tagte vom 19. bis 21. November 2010 **ein Fähnlein aufrechter Bundeswehrsoldaten**.

Friedensbewegte **Hoffnungsschimmer** dringen im Angesicht der bis dato tabuisierter Gefahren aus den Uranbomben herauf aus dem katholischen Süden. Sie blinken Signale aus Kreisen, in denen man wohl zuletzt danach suchen würde. Sie senden über einen wenig erfreulichen und nur scheinbar marginalen Gegenstand. Es geht um „Depleted Uranium“, um abgereichertes Uran, das im Irak, in Afghanistan, aber auch auf dem Balkan und möglicherweise sogar im Nahen Osten seit 1991 immer wieder in großen Mengen „erprobt“ wird. Beteiligt an dessen Verwendung sind nicht nur die Amerikaner und Briten und möglicherweise auch die Israelis. Nein, die DU-Geschosse sind eine in Deutschland entwickelte Technologie, eine Erfindung der Rüstungsschmiede Rheinmetall und Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB).⁽¹⁾

Die als Panzerbrecher „erfolgreich“ eingesetzte DU-Waffe gefährdet nicht nur das Leben und das Erbgut der in den kontaminierten Gebieten eingesetzten Soldaten. Sie **wirkt unterschiedslos** gegen Kombattanten und Zivilisten und tötet vor allem Kinder, die der Gefahr des Uranstaubes mangels Vorwarnung und Schutzkleidung völlig hilflos ausgesetzt sind. Noch schlimmer, der „schmutzige Staub“ wird über Winde und das Grundwasser in die Welt hinausgetragen. Doch während zumindest die Briten und Italiener ihren vom sogenannten „Golfkriegssyndrom“ gesundheitlich ruinierten Veteranen inzwischen Entschädigung zahlen, wird die Gefährdung deutscherseits dank Ex-Verteidigungsminister Scharping und der von ihm in Auftrag gegebenen Theo-Sommerstudie (2001) beharrlich geleugnet, beziehungsweise verharmlost.⁽²⁾ Deswegen ist es gut und stimmt hoffnungsfroh, wenn sich dagegen nun entschlossener, sachkundiger Einspruch anmeldet, **Einspruch gegen die verhängnisvolle und folgenreiche Verwendung abgereicherten Uraniums etwa in Panzerabwehrgeschossen**.

Ginge es nach dem Willen der „Signalblaser“ aus Darmstadt und aus der ganzen Republik, so würden **Atomwaffen** generell geächtet. Laut einem Urteil des Internationalen Gerichtshofs von 1996 dürfen die mit dem humanitären Völkerrecht nicht zu vereinbaren **Massenvernichtungsmittel** auch ohne explizite Ächtung gar nicht eingesetzt werden. Die Signaler beharren aber darauf, dass unter diesen, die tückisch-toxischen, weit in die Welt und die Zukunft hinein zerstörerischen DU-Geschosse ein besonderer Bannstrahl treffen muss. Die mit großem Sachwissen argumentierenden Mitglieder des Arbeitskreises Darmstädter Signal, kurz AkDS, prangern darüber hinaus Bundeswehreinsätze an, die nicht mit dem Grundgesetz kompatibel, sondern laut Weißbuch, Köhler und Guttenberg wirtschaftlichen Zielen gewidmet sind.

Der Initiator und Moderator der turnusmäßigen Arbeitstagung der „Signaler“, Diplompädagoge und Oberstleutnant a. D. Jürgen Rose, ist einer **der Hoffnungsträger für eine künftige friedlichere Welt**. Der Autor des jüngst im Ossietzky-Verlag erschienenen Buches „Ernstfall: Angriffskrieg“ ist einer der verfassungsrechtlich bewussten Bundeswehrangehörigen, die sich der Beteiligung an Angriffskriegen klipp und klar verweigern. Seine argumentative Waffe ist das humanitäre Völkerrecht: die Genfer Konventionen, die Haager Landkriegsordnung, die universale Erklärung der Menschenrechte, die UN-Charta. Der „Fall Rose“ erreichte 2007 ein gewisses Medienecho, nachdem der Staboffizier vom mustergültigen Befehlsempfänger zum mitdenkenden,

verantwortungsbewussten Bürger in Uniform mutiert war. Nach seines Kameraden Major Pfaffs „Nein“ zur Beteiligung am Irakkrieg 2003 verweigerte Rose vier Jahre später eine gleichgerichtete Beteiligung an den nun sogar vom Parlament (Bundestag) abgesegneten „Tornado - Aufklärungseinsätzen“ in Afghanistan. Wie seine Berufskollegen vom AkDS ist der Absolvent der Bundeswehrhochschule ein profunder Kenner der verfassungs-, völker- und strafrechtlichen Implikationen seiner Arbeit, die vorbildlich genannt werden kann. So ist es nicht erstaunlich, dass die von ihm geleitete und **von der Bundeszentrale für Politische Bildung geförderte Tagung** auch auf Grund exzellenter Referenten ein hohes Maß an Kompetenz zu vermitteln vermochte. Damit einher ging ein Zugewinn an Motivation unter allen Teilnehmern, sich nun auch in Sachen Uranmunition friedenspolitisch zu engagieren.

Während in der portugiesischen Hauptstadt **Lissabon** am gleichen Wochenende an einer neuen **NATO-Strategie** gebastelt wurde, die ein **Beharren auf Atomwaffen** impliziert und deren völkerrechtswidrigen Präventiveinsatz ins Auge fasst, machten sich verantwortungsbewusste Offiziere, einfache Soldaten und Ehemalige, zusammen mit einer friedenspolitisch interessierten Öffentlichkeit ihre eigenen Gedanken. Der 1983 in Gegnerschaft zu neuen Atomraketen ins Leben gerufene **Arbeitskreis kritischer Soldaten** ist so jungdynamisch, dass man es sich zutraut, das wahrlich „heiße Eisen“ Uranmunition anzufassen. Über 30 interessierte Betroffene und Experten waren dem Ruf der Signaler diesmal gefolgt. Während eines langen Intensiv-Wochenendes arbeiteten sie sich in die schlimme Materie vertiefend ein. Die Teilnehmer vergegenwärtigten sich mit Hilfe von ausgewiesenen Kennern der radioaktiven und chemisch-toxischen Wirkung der DU-Geschosse. Professor Dr. Dr. Lengfelder vom Otto-Hug-Strahleninstitut München demonstrierte die weitreichenden gesundheitlichen und erbschädigenden Wirkungen der panzerbrechenden Waffe. Daraus ergeben sich klare Forderungen. **Nicht nur der Einsatz dieser „Massenvernichtungswaffe“ müsse verunmöglicht werden, sondern bereits deren Entwicklung, Herstellung und selbstredend ihre Weitergabe.** Bemerkenswert ist dabei das Ethos, von dem sich die anwesenden Soldatinnen und Soldaten leiten lassen. Sie, die persönlich von Einsätzen in durch Uranmunition kontaminierten Gebieten, wie etwa in Afghanistan betroffen sind und die vom Schicksal ihrer am „Golfkriegssyndrom“ erkrankten Kameraden wissen, haben nicht nur ihre persönliche Zukunft vor Augen, sondern sie sorgen sich auch um die der DU-Munition völlig schutzlos ausgelieferten Zivilbevölkerung in den „Konfliktzonen“, um das Erbgut künftiger Generationen und um die umweltverheerende Tatsache einer unkontrollierten Weiterverbreitung der hochgefährlichen „schmutzigen“ Nanopartikel, in die das abgereicherte Uran (Depleted Uranium/DU) bei Verbrennung zerfällt.⁽³⁾

Wie gefährlich bereits die Befassung mit der schmutzigen Kriegswaffe DU ist, wurde sichtbar am Umgang mit dem einst preisgekrönten WDR Journalisten Frieder Wagner, der seinen Film „*Todesstaub*“ den Seminaristen vorstellte. Für diese einstige Auftragsarbeit recherchierte Wagner für seinen Sender u.a. im Irak, wo laut WHO Sonderberater Dr. Ahmad Hardan die amerikanischen Streitkräfte schon 1991 über 300 Tonnen DU-Munition eingesetzt haben. Bei der alliierten Invasion 2003 sollen es allein in Bagdad noch einmal 200 Tonnen gewesen sein. Wagner und die ihn begleitenden Experten betraten die kontaminierten Zonen ohne Schutzbekleidung, ohne Handschuhe und Masken, weil das nach Aussage von Wagner ihre Arbeit auffällig gemacht und die „Sicherheitskräfte“ auf den Plan gerufen hätte. Der so entstandene, aufwendig recherchierte Dokumentar-Streifen wurde schließlich nur einmal am Tschernobyl-Tag 2004 (26. April), vom WDR 3 ausgestrahlt und zwar ohne die sonst übliche vorherige Ankündigung und Bewerbung und verschwand daraufhin aus dem Deutschen Fernsehen. Neue Aufträge erhält der mehrfache Grimmepreisträger seither nicht mehr. Die Glaubwürdigkeit seiner Experten, zu denen auch der vormalige Professor für Radiologie und Nuklearmedizin Dr. Asaf Durakovic von der Georgetown University, Oberst der US-Armee (a.D.) gehört, wird von seinen Arbeitgebern heute angezweifelt.

Durakovic hatte u.a. gesagt: „*Die Behörde für Veteranen in der US-Regierung forderte mich auf zu lügen, was die Risiken einer Aufnahme von DU in den menschlichen Körper betrifft*“. Jetzt lebt der Wissenschaftler in Kanada, wo er das Uranium Medical Research Centre leitet. Aber auch der als Referent geladene Physiker Dr. Sebastian Pflugbeil hält Wagners Recherchen für unseriös. Er fordert zum Beispiel die gestiegene Kinderkrebsrate in Deutschland mit Todesfolgen mit jener im Irak zu vergleichen, weil diese hierzulande deutlich alarmierender sei. Auch die persönlichen, jahrelangen Aufzeichnungen ihrer Untersuchungsergebnisse von deformierten, krebskanken Kindern, die die irakische Ärztin Dr. Jenan Hassan vorlegt, lässt der Physiker nicht gelten. Man müsse US-amerikanische Expertisen zur Kenntnis nehmen, wonach die schlimmen Folgen etwa der am sogenannten „Golfkriegssyndrom“ erkrankten US-Veteranen ganz andere Ursachen haben könnten. So etwa sei vorstellbar, dass sie auf Kontamination durch Dibromethan, enthalten in einem NATO-Universalkraftstoff (JP8, Kerosin), zurück zu führen seien. Frieder Wagner lässt sich aber nicht beirren. Weit über 200 Mal hat er seinen Film schon einem interessierten Publikum vorgeführt und Rede und Antwort gestanden. Er weiß aus eigener entsetzter Anschauung und fundierter Rechercharbeit, wovon er spricht. Sein ziviles Engagement gegen die Uranmunition ist gut begründet und er hat einen langen Atem.

Am darauffolgenden Wochenende wird er in der Technischen Universität Berlin, anlässlich eines Antikriegskongresses genau wie sein Kollege Rose wieder die Trommel rühren, getreu dem Motto „... und fürchte Dich nicht“.

Der Pflugbeil'sche Beitrag wurde demgegenüber allgemein als der eines das Bewusstsein schärfenden „Advocatus Diaboli“ aufgenommen. Zu mehr Klarheit verhalf dann der Mediziner, Strahlenbiologe und Physiker Professor Edmund Lengfelder, der über *"Die Verwendung von Uran und DU in Kriegswaffen und die Folgen für Mensch und Umwelt"* referierte. Sein Vortrag ließ hinsichtlich der weitreichenden Gefährlichkeit der DU-Waffe keinen Zweifel mehr zurück. Der international renommierte Dozent, schon früh aktiv in der Hilfe für Tschernobyl, führte zunächst aus, warum das abgereicherte Uran sich aus der Sicht der Kriegsindustrie so hervorragend eignet. Es sei vor allem kostengünstig, denn es entstehe als Abfallprodukt der Kernindustrie. Das Uran-Thema dürfe nicht „hoch kochen“, denn es handele sich um einen Markt, auf dem Milliardenprofite erzielt würden. Laut Institut für Strahlenschutz München existiert derzeit etwa 1 Million Tonnen abgereichertes Uran weltweit und es wird täglich mehr. Urangeschosse sind 1,7 mal dichter als Blei, sie können auch besser als das viel teure Wolfram etwa Stahlwände wie Butter durchdringen und vier Panzer auf einmal samt Insassen durchschlagen. Die Urangeschosse entzünden sich beim Aufprall und verbrennen Mensch und Material. Dabei entstehen Uranfeinstpartikel, auch Nanopartikel genannt, die hochtoxisch sind und alle Membrane des Körpers ungehindert durchdringen.

Lengfelder berief sich unter anderem auf den „Sandia-Report 2005“, der den Einsatz von Uranmunition auf der Arabischen Halbinsel seitens der Briten und Amerikaner untersucht hat. Bei Sandia handelt es sich um einen Militärkonzern, der sich in Sachen Uranmunition perfekt auskenne. Jedes Detail sei bekannt, wie der tödliche Staub entstehe, wie er sich ausbreite und selbst die Wirkung auf unschuldig spielende Kinder im Umfeld sei bedacht. DU-Nanostaub sei nicht abwischbar, er verteile sich in alle Winde. Besonders relevant sei die chemische Toxizität der gelösten, fein dispersiven Uranbestandteile. Die Aufnahme der Nanopartikel erfolge über die Atmung, über Verletzungen und über Haut- und Riechepithele. So gelangten sie direkt ins Gehirn, ins Nervensystem, in die Lungenbläschen. Die Biologie habe keinen Widerstand gegen die Kleinstteilchen, sie kenne diese nicht einmal. Laut Keith Baverstock, dem Hauptexperten für Strahlung und Gesundheit bei der WHO, lagern 16 Berichte über DU-Munition unter Verschluss in den „Giftschränken“ des UN-Gremiums. In einem dieser internen Berichte aus dem Jahre 2001 werde aufgezeigt, dass bei Uran-Nanopartikeln die nicht mit Strahlung verbundene Toxizität in den Vordergrund rücke.

Die wissenschaftliche Wahrheit sei nun keine Frage der Mehrheit, wohl aber seien Wissenschaftler anfällig für pekuniäre Anreize und diversen Druckmechanismen unterworfen. Sie stünden nicht außerhalb des gesellschaftlichen Gefüges, meint Professor Lengfelder. Das sei einer der Gründe dafür, warum WHO-Dokumente etwa nur selektiv an die Öffentlichkeit gelangten oder „Gefälligkeitsgutachten“ erstellt würden. Immerhin gibt der UN-Gesundheitsexperte der WHO Dr. Keith Baverstock selber zu, dass ein von ihm vorgelegter Bericht „Über das Krebsrisiko für Zivilisten im Irak durch Einatmen von kontaminiertem Uranstaub“ vorsätzlich unterdrückt wurde.⁽⁴⁾ Professor Lengfelder resümiert: DU-Munition wirke über „Nano“, Nano sei von Übel und fordere die Kritik an der offiziell geförderten Nanotechnologie heraus, was auf Grund wirtschaftlicher Interessen aber nicht erwünscht sei.

Ein Teufelskreis?

Immerhin, die EU sehe in der Nanotechnologie und Nanowissenschaft ein „riesiges Potenzial“ von Nutzanwendungen. Aber es gäbe auch EU-interne Bedenken wegen langfristiger nichtethischer Anwendung von „Nano“ in der Kriegswaffentechnologie.

Die offizielle Leugnung des Einsatzes von DU-Munition etwa in Afghanistan oder das Vertuschen seiner Gefährlichkeit für deutsche Soldaten beim Einsatz auf dem Balkan lässt auch hoffnungsvolle Rückschlüsse zu. **Man fürchtet die Öffentlichkeit.** Die Bundeswehr hält ein internes Handbuch unter Verschluss, indem der Einsatz von DU-Munition in Afghanistan nicht ausgeschlossen wird und Vorsichtsmaßnahmen angemahnt werden.⁽⁵⁾ Während NATO-Generalsekretär George Robertson am 7. Februar 2000 einräumte, dass während des 78tägigen Krieges gegen Jugoslawien 31.000 DU-Geschosse abgefeuert wurden, mithin ca. 10,5 Tonnen, lässt der damalige Verteidigungsminister Scharping eine Studie anfertigen, deren Ergebnis lauten sollte und lautet: Die im Kosovo eingesetzte Uranmunition ist für unsere Soldaten ungefährlich. Der vorher völlig gesunde, 24jährige Soldat André Horn, der die DU-verstaubten Militärfahrzeuge reparierte, musste daher wohl an Grippe bzw. an einer Mengigokokken-Infektion erkranken und plötzlich daran versterben. Muss da etwas geleugnet werden, was nicht sein darf? Hat der Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB), heute EADS, die Technologie nicht 17 Jahre lang in Schrobenhausen, südlich von Eichstätt getestet, bevor eine Bürgerinitiative zur Einstellung zwang? **Der Tod darf kein Meister aus Deutschland** mehr sein und wenn doch? Da wo Bundesregierung, der Bundestag und selbst das Bundesverfassungsgericht vielleicht versagen, **da ist die kritische Öffentlichkeit gefordert** menschen- und völkerrechtliche Aspekte geltend zu machen.⁽⁶⁾ Aufklärung tut daher Not, meinen die Signaler.

Deswegen schlug auch die Tagung einen großen Radius. Einleitend nahm der ehemalige Berufsoffizier, Spezialist in Sachen Atomwaffen, Dr. Lothar Liebsch das große Rahmenthema der Atomwaffenrüstungskontrolle auf und fragte nach **Realisierungsmöglichkeiten für eine atomwaffenfreie Welt.** Die Verteilung des derzeitigen Atomwaffenarsenals auf die Staaten der Erde wurde demonstriert. Eine klare Forderung ging daraus an den einzigen Staat hervor, der solche Verheerungsmittel außerhalb des eigenen Staatesgebietes gelagert hat, an den Staat, der als erster und einziger derartige Massenvernichtungswaffen gegen andere zum Einsatz gebracht hat und der sie als letzter gedenkt abzuschaffen: Die **Vereinigten Staaten von Amerika müssten** ganz im Gegensatz zu ihrem „Basteln“ an einer neuen, auch den Präventiveinsatz vorsehenden, Nukleardoktrin dem Atomwaffenteststoppvertrag von 1996 beitreten. Sie sollten es **unterlassen, andere Staaten zu nötigen**, die genau dieses bereits getan haben und die gemäß dessen Vorschriften handeln. Gemeint sind Staaten, denen der Besitz von Atomwaffen nur unterstellt wird, allen voran der Iran. Die Welt müsste aufhören, doppelte Standards im Umgang mit Atom-Staaten oder atomaren Habenichtsen an den Tag zu legen und vor allem **Schluss machen mit der Sonderstellung, die Israel eingeräumt werde.** Die „einzige Demokratie im Nahen Osten“ werde

offiziell nämlich weiterhin als „atomarer Habenicht“ gehandelt und von ihm verlange man nicht, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, während das Land im Besitz des gesamten Nuklearspektrums sei, was Regierungschef Olmert dankenswerter Weise eingeräumt habe. Auch **das Pochen auf der besonderen „Gefährlichkeit einer islamischen Bombe“ sei nicht glaubwürdig**, solange die nuklear bestückte „Islamische Republik Pakistan“ als treuer Verbündeter der USA behandelt werde.

Die „Amerikaner“ verfügten über 18 U-Boote der Ohio-Klasse von denen 4-6 ständig unterwegs seien und quasi jeden Punkt der Erde atomar bedrohen könnten. Überhaupt verkörpere die Tendenz Atomwaffen auf U-Boote zu verlagern eine neue Gefahr. Nicht nur die USA unterstützen Israel in seiner falschen Politik. Die Bundesrepublik Deutschland beteilige sich führend an dessen Atomstrategie. Allein 2010 seien drei atomar bestückbare U-Boote aus deutscher Produktion an den Staat Israel geliefert worden, zwei davon als 800 Millionen Euro - Geschenk des deutschen Steuerzahlers.

Aber auch auf deutschem Boden lagern weiterhin nukleare Bestände. Im rheinland-pfälzischen Büchel befänden sich noch 22 „taktische“ US-Atombomben. Deren Präsenz fände die Zustimmung der deutschen Bundesregierung, auch wenn der Außenminister Westerwelle sich öffentlich anders äußere. Unter Verweis auf die NATO-Oberhoheit werde die Verantwortung für deren Abzug von sich gewiesen. Als **Gefahr** wurde auch der **Aufbau einer europäischen Armee mit nuklearer Komponente** benannt.

Die Öffentlichkeit müsse eine **Atomwaffenächtungskonvention**⁽⁷⁾ fordern, die es derzeit nicht gibt. Eine atomwaffenfreie Welt rücke nur dann in den Bereich des Möglichen, wenn der politische Wille dahingehend geformt werde. Die Politik, nicht das Militär, habe darüber zu befinden. Die Aufklärung der Öffentlichkeit wird damit zur Schlüsselaufgabe für jeden verantwortungsbewussten Bürger. Als Voraussetzung für politisches Handeln im Interesse des Gemeinwohls fordern die Seminaristen daher akkurate Information über anstehende Problemfragen. Ihre handlungsleitenden normativen Prinzipien sind der Kant'sche kategorische Imperativ und ihre ethische Grundlage das humanitäre Völkerrecht. Unterstützung fanden die Tagungsteilnehmer auf dieser Ebene beim geladenen Kenner des Internationalen Rechts, Professor Manfred Mohr, welcher mittels der von ihm unerstützten Koalition ICBUW / International Coalition for the Ban on Uranium Weapons⁽⁸⁾ bis hinauf zu den Vereinten Nationen einen gewissen Erfolg vermelden konnte, einen Erfolg auf dem Wege zur **Ächtung der besonders gefährlichen Uranmunition**.⁽⁹⁾ Mohr nennt eine solche Ächtung den Idealfall, betont aber, dass es um einen pragmatischen Umgang mit den Einsatzfolgen von Uranwaffen, die ja leider bereits Anwendung gefunden haben, gehen muss. Die DU-Waffe widerspricht demnach den Anforderungen des Völkerrechts, denn der dort enthaltene Grundsatz der „nicht unterschiedslosen Wirkung“ dürfe nicht aufgeweicht werden. Solches zuzulassen bedeute auch das Ende des Kriegsvölkerrechts. Wo etwas nicht mehr kontrollierbar und begrenzt sei, höre das Recht auf.

Auch im Kriege sei der Grundsatz der Proportionalität zu beachten, man könne eben nicht alles als „notwendig im Sinne der Kriegsführung“ hinstellen.

Zu diesem Aspekt entzündete sich am Ende der anspruchsvollen Tagung angesichts des realiter fortgesetzten Völkerrechts- und Kriegsrechtsbruchs noch eine interessante Debatte um die Frage nach der Bedeutung solcher Rechtsfragen. Keinesfalls dürfe man den Rechtsstandpunkt aufgeben, darin waren sich die Experten einig. Man würde ja auch nicht wegen der Häufung von Strafrechtsdelikten das Strafrecht abschaffen und die Täter ungeschoren davonkommen lassen nach dem Motto: Hilft ja eh nichts. Um so wichtiger sei die Berufung auf die ethischen Normen des alle Staaten und Nationen bindenden, Humanitären- und Kriegsvölkerrechts, denn heute gehe es um den Fortbestand des Lebens überhaupt, um den Schutz der Lebensgrundlagen. Ganz deutlich war es für

diesmal allen geworden: Es hilft wo Gefahr ist nur ein Ausweg: **Präzise Information der betroffenen Öffentlichkeit ist die einzige Grundlage für den erforderlichen starken Druck auf die politischen Entscheidungsträger.** Auf solcher Grundlage kann dann das Rettende auch wachsen.

Fußnoten

- (1) „... am 19. Januar 2001, berichtete dann die "Süddeutsche Zeitung", dass von den Firmen Rheinmetall und Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) in den 70er Jahren Versuche mit uranhaltiger Munition durchgeführt worden seien. Demnach habe Rheinmetall von Anfang der 70er Jahre bis 1978 im Auftrag des BMVg auf dem firmeneigenen Schießplatz in Unterlüß (Kreis Celle, Niedersachsen) verschiedene Versuche mit DU-Munition durchgeführt.“ Zit nach Antimilitarismusinformation 2. Februar 2001 S. 37 „Uranmunition – die toxische Versuchung der Bundeswehr“, demzufolge sei „auch MBB sei an den Versuchen in den frühen siebziger Jahren beteiligt gewesen, so die "Süddeutsche" weiter. Das Raumfahrt- und Rüstungsunternehmen EADS (in der MBB 1990 aufging) erklärte am 19. Januar, dass auch auf dem Spreng- und Schießplatz von MBB in Schrobenhausen (Oberbayern) 17 Jahre lang, von 1979 bis 1996, DU-Munition getestet wurde. Vor Jahren schon machte eine örtliche Bürgerinitiative in Schrobenhausen darauf aufmerksam, dass in der Gegend in den 80er Jahren besonders viele Erkrankungen aufgetreten seien“. Ebd. S. 39
- (2) Siehe hierzu Frieder Wagner (Hg.) Uranbomben – die verheimlichte Massenvernichtungswaffe, Kai Homilius-Verlag Berlin 2010
- (3) Die Soldatinnen vertrat sozusagen Frau Hauptfeldwebel Christiane Ernst-Zettl, die ihre Erfahrungen aus vielen Auslandseinsätzen als Sanitäterin mitbrachte und die für ihr humanitäres Beharren schon mehrfach „abgestraft“ worden war.
- (4) F. Wagner (Hg.), Uranbomben a.a.O. S.19
- (5) Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, VS nur für den Dienstgebrauch: Leitfaden für Bundeswehrkontingente in Afghanistan, S. 25 Gefährdung durch DU-Munition!
- (6) siehe dazu Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage zur DU-Munition der Bundestagsabgeordneten Agnes Malezak u.a. und der Fraktion Bündnis 90 / die Grünen vom 7. Oktober 2010 BT-Drucksache 17/3281 vom 12. Oktober 2010
- (7) Die Anwendung von Atomwaffen in jedem Fall ein schweres Kriegsverbrechen im Sinne des humanitären Völkerrechts, sagt Prof. Mohr und verweist auf das Rechtsgutachten der IALANA von 1976 und auf das IGH-Urteil von 1996, indem es heißt:
„Die geltende Nuklearstrategie der NATO ist ..., mit dem geltenden Völkerrecht nicht (mehr) vereinbar und muss schon deshalb dringend revidiert werden“. zit. nach Dieter Deiseroth in Friedensforum 1/2005
- (8) ICBUW im Internet unter www.icbuw.org und www.bandepleteduranium.org
- (9) Im Dezember 2010 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Thema Uranmunition eine wichtige Entschließung. Es handelt sich um eine „Verfahrensresolution“, d.h. man muss sich alle zwei Jahre damit befassen. Neu aufgenommen ist die Forderung nach Transparenz hinsichtlich der DU-Einsatzgebiete. Manfred Mohr verwies auch auf den für den Umgang mit DU-Waffen wichtigen Rechtsgrundsatz der „Precaution“ im Umweltrecht, wonach die Beweislast umgekehrt sei. Nicht der Betroffene müsse die Schädlichkeit einer eingesetzten Substanz nachweisen, sondern umgekehrt der Anwender deren Unschädlichkeit! Darüber hinaus wurde auf eine Studie des Internationalen Roten Kreuzes aufmerksam gemacht, deren Regel Nr. 44 (IKRK Gewohnheitsrechtsstudie) laute “The lack of scientific certainty does not absolve a party”, mit anderen Worten: Fehlende wissenschaftliche Gewissheit würde eine Parteigängerin nicht entschulden.